

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Verleger: Theodor Wolff in Berlin
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin

Deutschlands Protest gegen den Kohlendiktator.

Die Forderungen des Herrn Millerand.

Angesichts der unerhörten Zwangsmaßnahmen, die Herr Millerand in der gestrigen Konferenzsitzung zur Erreichung erhöhter Kohlenlieferungen in Aussicht stellt, herrscht in allen Kreisen des deutschen Volkes, die über diese Dinge ein Urteil zu bilden vermögen, eine herzerbeutende und völlig berechtigte Entrüstung. Die über den Kohlenmarkt in der ersten Augenblick, die Bedeutung dieser Maßnahmen noch nicht ganz begreifen, witzeln sehr schnell zum Verständnis gelangen, wenn erst der französische, oder von Frankreich eingesetzte Kohlenkommissar in Berlin residieren und wohl den Hausverbrauch wieder verbrauchen der Industrie an Kohle „regulieren“ würde. Dieser Kommissar oder Oberkommissar würde eine unbegrenzte Macht haben. Er könnte und würde bestimmen, ob die Kohlenlieferung an Private um so und so viel Prozent einzuschränken sei — oder ganz aufzuhören habe —, da in Frankreich noch Familien gebe, deren Wohnungen nicht genügend geheizt seien. Er würde jedem Geschäftshaus und jedem Industriewerk die ihm zukommende Kohlenmenge zuteilen und dadurch nach Belieben auch die Leistungsfähigkeit der einzelnen Handels- und Industriezweige und die Arbeitslosigkeit vermindern. Die Alliierten, und speziell die Franzosen, würden damit nicht nur die in Deutschland vorhandene Kohle ganz nach Gefallen für ihre Zwecke, zur Auffütterung ihrer Industrie, aus dem Lande ausführen können. Sie würden es zugleich völlig in der Hand haben, diejenigen deutschen Industriezweige, von denen doch noch eine Konkurrenz befürchtet, und deren Wiedererhalten sie verhindern möchten, zu ruinieren und die deutsche Ausfuhr gänzlich zu unterbinden, um das ihnen eigenen Interessen zu entspreche.

Aber Frankreich würde, wenn ihm solche, jede Souveränität und jedes Selbstbestimmungsrecht aufhebenden Vorschläge gemacht würden, noch andere Möglichkeiten einfallen lassen, die zu seinen im Stillen unablässig verfolgten politischen Plänen passen. Es würde die Möglichkeit erhalten, die deutschen Einzelstaaten je nach Günstigkeit zu belohnen oder zu bestrafen und dort, durch Hinsetzung oder Zurückziehung der Kohlenlieferung, sich den erwünschten Einfluß zu verschaffen. Jeder deutsche Staat ist wirtschaftlich abhängig von der Frage, wieviel Kohle er erhalten kann. Selbst ein Triumph, welche Ausfichten für die heute herrschende Clique der französischen Militaristen und gewissen Gewaltpolitiker, wenn so die deutschen Staaten um die Unterstützung des französischen Kohlenkommissars stehen müssen! In der Frage der Einwohnerwehren spielt ja gleichfalls der geheime Wunsch dieser französischen „Sieger“, die Auflösung des Reiches herbeizuführen, unverkennbar. Bayern, wo seit der Münchener Kommunistenherbst die Einwohnerwehren so ungemein populär sind, weigert sich heute bereits, auf diese Schutz Einrichtung zu verzichten — und wir werden abwarten müssen, wie sich Frankreich diesen bayerischen Sonderwünschen gegenüber verhalten wird. Aber noch klarer tritt das Bestreben, die deutsche Wirtschaft in französische Abhängigkeit zu bringen, bei der Kohlenfrage hervor. Darum ist diese Frage nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch von ungeheurer, durch nichts anderes zu übertreffender Wichtigkeit.

Es kann und wird leider nicht bestritten werden, daß der Name und unausführbare Vertrag von Versailles die Alliierten den Weg zu ihrem jetzigen Vorhaben gebnet hat. Im Anhang II zu dem Wiedergutmachungskapitel heißt es Paragraph 18: „Die Maßnahmen, welche die alliierten und assoziierten Regierungen berechtigt sind, im Fall einer vollständigen Nichterfüllung Deutschlands zu ergreifen, und die Deutschland sich verpflichtet, nicht als feindliche Handlungen zu betrachten, können sein: Ein- und Ausfuhrverbote, wirtschaftliche und finanzielle Repressalien und alle allgemein solche Maßnahmen, welche die genannten Regierungen als den Umständen nach notwendig erachten werden.“

Es kann auch nicht bestritten werden, daß Deutschland seit jener Kohlen abgeliefert hat, wie ihm vorgeschrieben war. Das wurde ihm nicht zuletzt durch die bornierte und elende Politik der Alliierten, die jedes wirtschaftliche Wiederaufleben Deutschlands zu verhindern strebte, unmöglich gemacht. Von einer „vorläufigen Nichterfüllung“ kann nicht die Rede sein. Und wie die Dinge liegen mögen — die Maßnahmen, die Herr Millerand aufzwingen möchte, können von deutscher Seite unbillig auch noch durch Zustimmung und Unterzeichnung sanktioniert werden, und man wird wieder zum Sabel des Herrn Godefrid greifen müssen, wenn man sie verwirklichen will. Bei Beginn der heutigen Sitzung hat der belgische Vorsitzende Delacroix, als Stinnes mit der durchaus notwendigen Schärfe der Versammlung seinen

Die heutige Sitzung in Spaa.

Die Protestreden der deutschen Delegierten.

Die Kohlenpreßfrage — Neben Stinnes', Simons' und Hues.

Telegramm unseres Sonderberichterstatters
Paul Schoffor.

Die Methode, die Millerand gestern in der Kohlenfrage verfolgt hat, unterscheidet sich von der bisher in Anwendung gekommenen wesentlich. In den Marinefragen, Flugzeugfragen, ebenso auch in den Zahlenfragen, welche die Abstraktion angehen, ist durch die Kommissionsverhandlungen immerhin eine Ueberstimmung erzielt worden. Dagegen ist gestern ganz einfach diktiert worden, und die Möglichkeit, durch Kommissionsverhandlungen zu positiven Resultaten zu kommen, ist auf Null eingeschränkt worden. Heute um 11 Uhr hat die entscheidende Konferenzsitzung begonnen. Stinnes wird mit völliger Deutlichkeit und der ihm eigenen Energie sagen, wie die deutsche Industrie über diese Behandlung denkt. Geheimrat Hilger sollte nach den ursprünglichen deutschen Plänen Vorschläge positiver Art der Konferenz unterbreiten. Das soll jetzt unterbleiben, da es zwecklos sei. So war wenigstens die letzte feststellbare Entscheidung.

Die Sitzung ist beendet. Zuerst sprach Stinnes, dann Hues. Er handelt auf, um, wie er sagte, „den gegnerischen Delegierten ins Auge zu blicken“. Delacroix erhob sich und erwiderte, es sei Friede. Stinnes erklärte dann, daß bis jetzt im deutschen Bergbau alles gegangen sei, um die Alliierten zu befriedigen. Die Forderungen der Entente, die gestern mitgeteilt worden seien, würden die Förderung im deutschen Bergbau nur reduzieren. Ferner seien die Bemühungen des deutschen Bergbaues durch die militärischen Bedingungen des Protokolls vom 9. Juli sehr erschwert. Unruhensien unaussprechlich, die Folgen würden Störungen der Produktion sein, die auf die Alliierten zurückfallen würden. Stinnes sprach äußerst scharf, nicht politisch, aber vielleicht doch eindrucksvoll.

Dann kam das Ereignis des Tages: eine große Rede Hues. Er sprach über die Bergarbeiter und die Stimmung bei den Unternehmern. Hues erklärte, daß die Bergarbeiter enträtelt seien durch die

Sungerblockade und unter den ungünstigsten Umständen lebten. Trotzdem hätten sie sich zur Wehrführung verpflichtet. Sie machen Ueberstimmungen. Die deutsche Arbeiterschaft sei aber seit entlassen, am Samstagtag festzuhalten. Die Kohlenfrage sei ein internationales Problem und nur durch internationale Verständigung lösbar.

Die Vertreter des deutschen Bergbaues seien gerne nach Spaa gekommen, um mitzuarbeiten, aber die Diplomaten am grünen Tisch könnten nichts bestimmen gegen den Willen der Arbeiterschaft. Er hoffe, daß die Alliierten eine sachliche Arbeit in Kommissionen ermöglichen würden, damit es wirklich zum Wiederaufbau Europas komme. Hues trug seine Rede in schlichten klaren Worten und ruhig vor. Es war nicht zu verkennen, daß sie einen großen Eindruck auf die ganze Versammlung gemacht hat.

Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen. Man erwartet eine lange Rede Millersands. Hoffentlich wird Millerand einsehen, daß er sich mit uns wirklich auseinandersetzen muß. Das wird heute nachmittags um 4 Uhr geschehen.

Simons führte in seiner Rede noch folgendes aus: Nicht nur juristische Gründe, sondern auch Gründe praktischer Natur sprechen gegen die gestrigen Vorschläge. Die deutsche Delegation hätte beabsichtigt, bestimmte Vorschläge in bezug auf die Kohlenfrage und die Wiedergutmachungsfragen zu machen, um die gegnerischen Ansprüche möglichst vollständig zu befriedigen ohne Gefährdung der deutschen Lebensfähigkeit. Es sollten außer der Kohlenkommission drei weitere Kommissionen zu diesem Zweck von deutscher Seite eingesetzt werden: 1. für die finanziellen Probleme, 2. für die technischen und 3. für die wirtschaftlichen. Letztere habe sich mit Deutschlands Arbeitsleistungen und den internationalen Geldfragen überhaupt zu beschäftigen. Die Kohlenfrage sei dabei die Zentralfrage und ohne Einverständnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf deutscher Seite nicht zu lösen.

Der Ernst der Krise ist doch immer sehr groß. Es besteht die Möglichkeit, daß die Krise bis zum Bruch führen könnte.

Nach der Sitzung erschien der Reichskanzler Fehrenbach vor der Villa Annette et Rubin und wurde sofort von den Anwesenden umringt. Es scheint immerhin, daß man im Kreise der Delegierten wieder eine gewisse Hoffnung gefaßt hat. (Siehe Seite 2.)

Protest zuschleuderte, begütigend versichert, daß jetzt „Friede“ sei. Welch eine Parodie!

Eine Erdrosselung des deutschen Wirtschaftslebens.

Aus unterrichteten Handelskreisen wird uns mitgeteilt:

Die sogenannten „Verhandlungen“ über die Kohlenfrage in Spaa sind noch nicht abgeschlossen. Das Diktat Millerands ist noch nicht unterschrieben. In den wenigen Stunden, die der deutschen Delegation zu ihrer Entscheidung verbleiben, muß sie über die allerschwerwiegendste Forderung sich klar werden, die seit den Tagen von Versailles an uns gestellt worden ist. Es ist möglich, daß sich einige Milderungen der französischen Bedingungen herbeizuführen lassen, aber nach dem Verlauf, den die Verhandlungen in Spaa bis jetzt genommen haben, wird man sich keinem Optimismus hingeben dürfen. Es ist ferner möglich, daß die mühseligen Ausführungen Millerands das Bild, das sich aus den schriftlich fixierten Forderungen ergibt, hier und da retouchieren. Aber in den Grundzügen liegt es doch zweifellos fest.

Frankreich fordert die Priorität der ihm zustehenden Belieferung vor jener der deutschen Abnehmer. Nach dem Friedensvertrag haben wir an Frankreich zu liefern: 10 Jahre lang 7 Millionen Tonnen Kohle, und ferner 10 Jahre lang Kohle als Ersatz für den Förderungsausfall in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs, und zwar in den ersten 5 Jahren höchstens 20 Millionen Tonnen jährlich und in den nächsten 5 Jahren höchstens 8 Millionen Tonnen jährlich. Für die nächsten 5 Jahre würde sich für Lieferungen nach Frankreich allein ein Gesamtbeitrag von 27 Millionen Tonnen ergeben. Dazu treten dann noch die vertragssmäßigen Lieferungen an Belgien (10 Jahre lang 8 Millionen Tonnen) und an Italien (10 Jahre lang 8 Millionen Tonnen) und in den nächsten 5 Jahren bis 8½ Millionen Tonnen jährlich steigend). Es geht aus dem, was bisher über die Forderung der Entente bekannt wurde, nicht hervor, ob das Prioritätsrecht für Frankreich allein oder auch für die übrigen Belieferungsberechtigten festgesetzt werden soll. Die Er-

füllung der Gesamtforderungen, wie sie in Versailles festgelegt worden sind, hat sich schon bisher als undurchführbar erwiesen. Es ist noch nicht ersichtlich, in welcher Höhe man diese Gesamtforderung nun ansetzen will.

Klarer überblickt man die Tragweite jener Bestimmung, die die Einrichtung einer Kohlen-Kontrollstelle in Berlin und die Vorlegung eines Planes über die Verteilung der in Deutschland geförderten Kohle verlangen. Sie trifft gleichmäßig die Binnenwirtschaft wie den Außenhandel. In der Binnenwirtschaft würde durch die Kontrollierung der Kohlenverteilung eine Kontrolle des gesamten Wirtschaftslebens, der Industrie wie der Landwirtschaft, durchgeführt. Es läge in der Macht der Kontrollkommission, bestimmte Industrien oder die Landwirtschaft oder den Hausbedarf mit Kohle reichlicher oder weniger reichlich zu beliefern. Die Selbständigkeit der deutschen Wirtschaft und ihr Selbstbestimmungsrecht würde also da gebrochen werden. Man würde ihr je nach Wunsch und Willen der Kontrollkommission jenes Betriebsmittel entziehen oder zuteilen, ohne das alles wider Willen. Jede Maßnahme der inneren deutschen Wirtschaftspolitik könnte durch Eingriffe der Kommission aufgehoben und in ihre Gegenteil verkehrt werden.

Die Forderung des zu unterzeichnenden Protokolls besagt ferner, daß Wirtschaftsabkommen, wie sie zum Beispiel mit Holland (auch bei Vermittlung der holländischen Kredite) oder mit der Schweiz oder mit der Tschechoslowakei geschlossen worden sind, ohne Erlaubnis der Entente in Zukunft überhaupt nicht mehr getroffen werden können. Denn die Abkommen lieferten zum größten Teil auf deutschen Kohlenlieferungen. Kohle ist heute das wichtigste und begehrteste Exportgut. Indem man die Entente-Kommission stellt, wird die Freiheit des deutschen Außenhandels, soweit er bis jetzt noch auf Grundlage besonderer Verträge in Gang gehalten wurde, gebrochen.

Was diese Bestimmungen für die Förderleistungen der Bergarbeiter bedeuten werden, ob sich das Ueberstimmungen aufrecht erhalten oder gar erneuern lassen wird, ist natürlich in hohem Maße zweifelhaft. Im Friedensvertrag hat sich die Entente die Priorität über den gesamten